

## **Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Kultur und Medien (23. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Ina Albowitz, Dr. Günter Rexrodt,  
Hans-Joachim Otto (Frankfurt), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP  
– Drucksache 14/7110 –**

### **Stasi-Untersuchungshaftanstalt Hohenschönhausen als Gedenkstätte erhalten und ausbauen**

#### **A. Problem**

Die Stasi-Untersuchungshaftanstalt Hohenschönhausen soll als Gedenkstätte des Bundes und des Landes Berlin erhalten und ausgebaut werden. Der Bund soll dafür die über das Gedenkstättenkonzept hinaus erforderlichen zusätzlichen finanziellen Mittel zur Verfügung stellen.

#### **B. Lösung**

Ablehnung des Antrags. Vor einem weiteren finanziellen Engagement des Bundes müssen zunächst die Ergebnisse einer bereits eingesetzten Arbeitsgruppe zur Überarbeitung der Bau- und Kostenplanung abgewartet werden.

**Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, FDP und PDS**

#### **C. Alternativen**

Annahme des Antrags.

#### **D. Kosten**

Keine

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 14/7110 abzulehnen.

Berlin, den 7. Juni 2002

### **Der Ausschuss für Kultur und Medien**

**Monika Griefahn**  
Vorsitzende

**Angelika Krüger-Leißner**  
Berichterstatterin

**Margarete Späte**  
Berichterstatterin

**Dr. Antje Vollmer**  
Berichterstatterin

**Hans-Joachim Otto (Frankfurt)**  
Berichterstatter

**Dr. Heinrich Fink**  
Berichterstatter

## Bericht der Abgeordneten Angelika Krüger-Leißner, Margarete Späte, Dr. Antje Vollmer, Hans-Joachim Otto (Frankfurt) und Dr. Heinrich Fink

### I. Beratungsverlauf

#### 1. Überweisungen

Der Antrag auf Drucksache 14/7110 ist in der 227. Sitzung des Deutschen Bundestages am 21. März 2002 an den Ausschuss für Kultur und Medien zur federführenden Beratung sowie an den Finanzausschuss, den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, den Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung und den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen worden.

#### 2. Voten mitberatender Ausschüsse

Der **Finanzausschuss** hat in seiner Sitzung am 24. April 2002 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, FDP und PDS bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen** hat in seiner Sitzung am 24. April 2002 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, FDP und PDS empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder** hat in seiner Sitzung am 24. April 2002 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und PDS bei Abwesenheit der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat in seiner Sitzung am 24. April 2002 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Haushaltsausschuss** hat in seiner Sitzung am 5. Juni 2002 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, FDP und PDS die Ablehnung des Antrags empfohlen.

#### 3. Beratungsverlauf im federführenden Ausschuss

Der federführende **Ausschuss für Kultur und Medien** hat den Antrag in seiner 76. Sitzung am 15. Mai 2002 beraten und – vorbehaltlich noch ausstehender mitberatender Voten – mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, FDP und PDS die Ablehnung des Antrags beschlossen.

### II. Wesentlicher Inhalt des Antrags

Mit dem Antrag auf Drucksache 14/7110 soll der Bundestag aufgefordert werden, die ehemalige Stasi-Untersuchungshaftanstalt Hohenschönhausen als Gedenkstätte des Bundes und des Landes Berlin zu erhalten und auszubauen. Der Bund soll die für den Erhalt und Ausbau erforderlichen finanziellen Mittel zur Verfügung stellen. Kurzfristig sollen die Zuwendungen des Bundes an die Gedenkstätte Hohenschönhausen erhöht werden.

### III. Ausschussberatungen

Die **Fraktion der FDP** stellte zunächst fest, dass es zu wenig Gedenkstätten gebe, die an die SED-Diktatur erinnerten und als Mahnmal das Leid der Menschen dokumentierten. Angesichts der bekannten Haushaltsprobleme im Zusammenhang mit Hohenschönhausen werde es zunehmend schwieriger, diese Gedenkstätte in einem ihrer Bedeutung angemessenen Zustand zu erhalten, wenn sich der Bund hier nicht über den im Gedenkstättenkonzept vorgesehenen Beitrag hinaus engagiere. Deshalb werde im Antrag gefordert, dass der Bund hinsichtlich der baulichen Investitionen die Verantwortung übernehme, da nicht zu erwarten sei, dass das Land Berlin hier seinen Verpflichtungen in ausreichendem Maße nachkommen werde.

Die **Fraktion der SPD** erklärte, dass sie keinen Zweifel daran habe, dass die Gedenkstätte von dauerhaftem Bestand sein werde. Seit Mitte 2000 gebe es eine selbstständige Stiftung; im Stiftungsrat seien sowohl der Bund als auch das Land Berlin vertreten. Im Haushalt sei abzulesen, dass sich der Bund hier entsprechend der Gedenkstättenkonzeption engagiere. Bei den weiteren Baumaßnahmen gebe es zwar Handlungsbedarf. Bevor dazu etwas beschlossen werden könne, müsse allerdings zunächst das für den Herbst erwartete Ergebnis einer vom Stiftungsrat eingesetzten Arbeitsgruppe abgewartet werden. Diese habe den Auftrag, eine Konzeption der Dauerausstellung vorzulegen und die Bau- und Kostenplanung zu überarbeiten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** verwies zunächst auf ihren weiter gehenden Antrag, der bereits im Februar 2001 im Ausschuss behandelt worden sei. Der jetzt vorliegende Antrag sei nicht vollständig, da er das Thema Gedenkstätten der SED-Diktatur nur ausschnittsweise für Hohenschönhausen und nicht im Gesamtkontext der Gedenkstätten behandle. Angesichts des fortbestehenden Handlungsbedarfs erwarte die Fraktion der CDU/CSU konkrete Maßnahmen, allerdings nicht nur für die Gedenkstätte Hohenschönhausen, sondern auch für andere Stätten, wie z. B. die Normannenstraße, die genauso zu bewerten seien. Die Fraktion werde dem Antrag der Fraktion der FDP im Kern zustimmen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** hob hervor, dass für sie bei der Gedenkstättenkonzeption auch wichtig sei, dass es die Vernetzung mit anderen Erinnerungsstätten in Berlin gebe. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt seien aber weder die Kosten noch die Beteiligung des Bundes an den Kosten absehbar. Ihre Fraktion lehne den Antrag daher ab.

Die **Fraktion der PDS** betonte, dass Hohenschönhausen eine der wichtigsten Gedenkstätten sei, die erhalten werden müsse. Wer den baulichen Zustand Hohenschönhausens kenne, wisse um die Gefahr des Zerfalls. Daher müsse dringend etwas getan werden. Da das Land Berlin sicher zukünftig nicht mehr zahlen werde, als dies bisher der Fall sei, sollte versucht werden, eine Zwischenlösung zu finden.

Berlin, den 7. Juni 2002

**Angelika Krüger-Leißner**  
Berichterstatlerin

**Margarete Späte**  
Berichterstatlerin

**Dr. Antje Vollmer**  
Berichterstatlerin

**Hans-Joachim Otto (Frankfurt)**  
Berichterstatter

**Dr. Heinrich Fink**  
Berichterstatter